

Genug! – Ringen um Anerkennung und Gerechtigkeit in Osttimor

Interview mit Manuela Leong Pereira von der Organisation ACbit – Asosiasaun Chega! Ba Ita

von Monika Schlicher und Maria Tschanz

Monika Schlicher
leitet in der Stiftung Asienhaus zu Osttimor.

Maria Tschanz
war als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst in Osttimor tätig.

Die Bemühungen um Strafverfolgung der Menschenrechtsverbrechen während der Besatzungszeit durch Indonesien 1975–1999 gelten gemeinhin als gescheitert. Diese Beurteilung vermittelt ein Bild der Stagnation und Resignation in Osttimor, das den Blick auf das verdeckt, was sich auf gesellschaftspolitischer Ebene zum Umgang mit der belasteten Vergangenheit vollzieht. Die lokale Organisation ACbit setzt sich ein für die Umsetzung der Empfehlungen des Berichtes Chega! (portugiesisch: Genug!) der Wahrheitskommission (CAVR) und unterstützt die Betroffenen.

Manuela Leong Pereira: Wir haben Acbit – Asosiasaun Chega! ba Ita 2010 aus der tiefen Überzeugung gegründet, dass es der Konflikte und Ungerechtigkeiten in Osttimor genug ist. Die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission soll dazu beitragen, dass sich Gewalt nicht wiederholt. Der Spruch »Chega! Ba Ita« (Genug! für uns) unterstreicht unsere Haltung, dass der CAVR-Bericht, der auf den Erfahrungen und Stimmen der Menschen basiert, für die Menschen geschrieben wurde. Es ist kein Dokument, das aufbewahrt und vergessen werden sollte. Es ist ein lebendes Dokument, das gleichsam für die kommenden Generationen von Bedeutung ist. Auf vielfältige Weise unterstützen wir die Opfer bei der Einforderung ihrer Rechte. Wir stärken Interessenvertretungen und bringen die Betroffenen direkt mit den zuständigen RegierungsvertreterInnen und sozialen Diensten in Kontakt.

Wie kommt ACbit mit den Betroffenen in Kontakt?

Manuela Leong Pereira: CAVR und internationale Organisationen haben viele Befragungen durch geführt ohne erlebbares ›Ergebnis‹ für die Betroffenen. Wut und Frustration baute sich auf. Die Menschen wollen nicht mehr länger auf Veränderung warten. Sie werden diskriminiert, von der Regierung ignoriert und es wird viel geredet ohne dass Handlungen folgen. In unserer Organisation haben wir den Ansatz geändert. Wir nehmen keinen direkten Kontakt mit den Betroffenen auf, sondern nutzen die Verbindungen der nationalen Opfervereinigung. Sie haben KoordinatorInnen in den Distrikten und wir arbeiten eng mit ihnen zusammen. Die Dokumentation der Fälle ist ein Teil unserer Arbeit. Dazu bringen wir uns mit verschiedenen Methoden ein, die wir mit unserer indonesischen Partnerorganisation *Asia Justice and Rights* (AJAR) entwickelt haben. Auch die

Betroffenen selbst dienen uns als Brücke: Haben sie Hilfe erfahren, so motivieren sie andere aktiv zu werden, sich an uns zu wenden. Zudem können sie uns ein sehr genaues Bild über die tatsächliche Lebenssituation der Menschen vermitteln.

Osttimors belastete Vergangenheit ist in der Gesellschaft präsent, aber immer weniger auf der politischen Ebene, wenn es um die zivilen Opfer geht. Wie gehen die Opfer von Menschenrechtsverletzungen mit dieser Situation um?

Manuela Leong Pereira: Nach wie vor gibt es ein starkes Bestreben nach Gerechtigkeit. Es ist noch ein weiter Weg, aber wir haben auch schon einiges erreicht. Trotz der Unterstützung durch soziale Leistungen hören wir zum Beispiel von den Frauen: »Jetzt bekomme ich die Pension meines Mannes, doch es geht mir immer noch nicht besser. Sie [die Milizen] haben mir damals die Kleider vom Leib gerissen und mich vergewaltigt. Dies hat bis heute seine Wirkung: Die Menschen zeigen auf mich, sie meiden mich und meine Kinder.« Frauen wie sie fordern nach wie vor Gerechtigkeit, das bedeutet eine Anerkennung dessen, was geschehen ist. Aber sie wollen auch wissen, wo ihre Männer begraben sind. Damit sie ihrer Kultur nachgehen, die Verstorbenen ehren können und deren Seele Ruhe finden kann. Sie wollen nicht unbedingt die Täter im Gefängnis sehen. Sie fordern, bevor eine Versöhnung möglich ist, eine Antwort, warum dies alles geschehen ist.

Während der indonesischen Besatzung wurden einige Frauen gezwungen mit indonesischen Soldaten zusammenzuleben, und hatten auch Kinder mit ihnen. Ebenso gibt es viele Kinder, die aus Vergewaltigungen hervorgegangen sind. Wie geht die Gesellschaft mit diesen Kindern um?

Manuela Leong Pereira: Sie werden heftig diskriminiert, zum Teil noch schlimmer als ihre Mütter. Sie sind Kinder von Indonesiern, von den ›Schlechten‹, den *ema aat*. Auch wenn die Väter manchmal gar nicht schlecht waren, die Familien der Frauen akzeptierten diese Kinder nicht und behandelten sie entsprechend, allein mit der Annahme, dass sie als Erwachsene die gleichen Dinge tun würden, wie sie ihre Väter damals getan hatten. Sie brächten Gewalt in die timoresische Gemeinschaft. Das geht soweit, dass sie beim Tod der Mutter aus der Familie ausgeschlossen werden.



Familienzusammenführung in Timor
Foto: ACbit

Wir arbeiten mit diesen Kindern und haben ein spezielles Programm für sie. Viele der Kinder sind sehr enttäuscht von ihren Müttern, weil diese sie nicht vor der gesellschaftlichen Ablehnung zu schützen vermögen. Es ist auch nicht selten, dass Frauen mehrere Kinder haben, die während der Besatzungszeit durch Vergewaltigung und Zwang von unterschiedlichen Männern gezeugt wurden. Viele sogenannte ›Milizenkinder‹ haben keine Pässe, da keine Geburtsurkunden vorliegen. Auch suchen sie nach den Namen ihrer Väter, da dieser meist unbekannt ist, mussten sie den Namen eines Verwandten, zum Beispiel ihres Onkels annehmen – gemäß ihrer Kultur und den Vorgaben der katholischen Kirche. Natürlich fragen die Kinder, warum der Bruder der Mutter ihr Vater sein soll. Oft wurden, um diese Konfrontation zu vermeiden, die Kinder in andere Familien gegeben. So wachsen sie ohne ihre Mutter auf.

Die ›Kinder‹, heute erwachsene Frauen und Männer, erfahren gesellschaftliche Ablehnung besonders auf dem Land, wo Traditionen noch sehr machtvoll sind. Hier leiden heute besonders die Frauen. Ein Beispiel: Ein Mann ist mit einer Frau zusammen, sie bekommt ein Kind von ihm, doch er sagt ihr, dass er sie nicht heiraten kann, da ihr Vater unbekannt oder ein Indonesier und ihre Mutter eine Hure ist. Er könnte nicht, wie es die Tradition erfordert, mit dem Schwiegervater die Heirat verhandeln. Das heißt die Frauen haben Kinder, tragen all die Verantwortung und werden von den Männern alleine gelassen.

Heute wird über Denkmäler und Gedenktage die heroische Seite des Widerstandskampfes gefeiert, herausgestellt zum Beispiel im ›Museum des Widerstandes‹. Damit können sich viele identifizieren. Sie erkennen an, dass all das Leid, das sie erfahren haben während der Besatzungszeit, der Preis für die heutige Unabhängigkeit ist. Die Regierung möchte nicht mehr von Opfern reden, die in ihren Augen »Versager« sind. Damit verleiht sie ihrer Politik,

die Vergangenheit ruhen zu lassen, Ausdruck. Auffällig ist, dass neuerdings auch ACbit und andere die Betroffenen, zum Beispiel in Workshop-Einladungen, als ›Überlebende‹ ansprechen. Gibt es hier einen Zusammenhang?

Manuela Leong Pereira: Es ist eine große Herausforderung zu diesem Thema zu arbeiten, denn die Regierung mag unsere Arbeit gar nicht. Ich bin aber der Meinung, dass sie in der Verantwortung steht, unsere Arbeit mit zu finanzieren. Um uns den Zugang und die Unterstützung zu sichern, haben wir uns darauf eingelassen, Opfer nun als ›Überlebende‹ zu bezeichnen, auch wenn wir selbst dahinter ein anderes Konzept haben. Es ist nicht damit getan, die Betroffenen umzubenennen, es braucht einen inneren Prozess, um von der einen Haltung in die andere zu kommen. Gemeinsam mit den Frauenrechtsorganisationen *Fokupers* und *Hivos* haben wir ein Handbuch zur Trauma-Heilung entwickelt, um diesen Prozess zu ermöglichen. Natürlich bemühen wir uns auch, der Regierung den Unterschied zwischen Überlebenden und Opfern zu verdeutlichen. Wir wollen ihnen helfen zu verstehen, was ›Überlebende-Sein‹ bedeutet und dass die Betroffenen sich noch als Opfer fühlen. Überlebende haben bereits eine andere innere Strategie zu kämpfen und zu leben entwickelt. Es geht also um eine Verhaltensänderung. Wir können durch die Trauma-Heilungsmethoden in unserem Programm dieses Selbstverständnis von ›Überlebende-Sein‹ befördern. Dabei stoßen wir oft an unsere Grenzen, denn hier wird die Arbeit therapeutisch. Auch wenn unsere Mitarbeiterinnen wunderbare Fähigkeiten haben, so gibt es aber keine, die genug psychologische Kenntnisse hat, um diesen Prozess individuell zu gestalten.

Ihre Arbeit ist sehr breit gefächert, mit wem arbeiten Sie zusammen?

Manuela Leong Pereira: Neben *Fokupers* und auch dem *Ministerium für soziale Solidarität* gibt

es eine sehr intensive Zusammenarbeit mit unserer Partnerorganisation AJAR in Indonesien. Ihr Koordinator für Timor-Leste, José Luis de Oliveira, teilt sich mit uns ein Büro. Mit AJAR zusammen organisieren wir ein Programm zur Zusammenführung von nach Indonesien entführten timoresischen Kindern während der Besatzungszeit mit ihren Familien in Osttimor. Die Recherchen sind sehr schwierig und zeitaufwendig. Wir suchen die Eltern, führen Gespräche und organisieren die Begleitung dieser Familien. Viele Informationen müssen erst durch die Kinder (heute erwachsene Männer und Frauen) in Indonesien eingeholt, bestätigt und ergänzt werden. Hierbei können wir uns ganz auf AJAR verlassen, die die Kontakte zu den ehemals verschwundenen Kindern aufbaut und von Indonesien aus die Zusammenführung organisiert. Gemeinsam machen wir uns stark für Gerechtigkeit und Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen.

Zu den Aufarbeitungsprozessen liegen seit 2010 zwei Gesetze im Parlament. Ein Institut des Erinnerns soll Empfehlungen der Wahrheitskommission umsetzen und ein weiteres Gesetz soll den Umgang mit Reparationen regeln. Es gab eine allgemeine Übereinkunft darüber, aber bis zum heutigen Tag sind sie nicht angenommen. Der Ministerrat hat kürzlich ein Dekret zur Einrichtung einer Nachfolgeinstitution (Centro Nacional Chega! – da memoria a esperanca) für die nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission (CAVR) und die bilaterale Wahrheits- und Freundschaftskommission zwischen Timor-Leste und Indonesien (CTF) verabschiedet. Dies ist nach Jahren des Stillstandes ein großer Erfolg. Wie kam es dazu und welche Aussichten räumen Sie dem ein?

Manuela Leong Pereira: Anlässlich der 10-jährigen Übergabe von Chega!, dem Bericht der Wahrheitskommission, haben wir eine große Veranstaltung mit Opfern ausgerichtet. Dafür konnten wir den Präsidenten von Timor-Leste und auch die Regierung gewinnen. Der Premierminister Rui de Araújo hielt nicht nur eine Rede, sondern kam mit der Absicht, noch vor Ende der Legislaturperiode etwas hierzu auf den Weg bringen zu wollen. Denn er war



sich bewusst, mit dem Warten auf ein neues Parlament wird nur weitere Zeit verstreichen. Er hat eine Arbeitsgruppe zur Fortführung der Wahrheitskommission eingesetzt, in der auch José Luis de Oliveira Mitglied ist. Mit dem jüngst verabschiedeten Dekret stellt er sicher, dass es in den nächsten Monaten eine Nachfolgeinstitution geben wird. Ein Programm für Reparationen ist nicht vorgesehen, aber vielleicht können wir uns über die neue Einrichtung wieder effektiver dafür einsetzen. Im Parlament wehrt sich besonders die Fretilin (*Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit von Timor-Leste*) dagegen. Sie möchte nicht, dass alle Opfer entschädigt werden, sondern nur diejenigen, die auf ihrer Seite gekämpft haben. Doch wir sagen, es darf keine Diskriminierung von Opfern geben.

ACbit bei der Arbeit
Fotos: ACbit